

Antrag

der Abgeordneten Vosen, Frau Dr. Hartenstein, Verheugen, Frau Blunck, Frau Dr. Martiny-Glotz, Frau Schmedt (Lengerich), Sielaff, Catenhusen, Fischer (Homburg), Grunenberg, Hansen (Hamburg), Dr. Kübler, Nagel, Stahl (Kempen), Stockleben, Vahlberg, Brück, Duve, Dr. Ehmke (Bonn), Frau Fuchs (Köln), Herterich, Jaunich, Dr. Jens, Jung (Düsseldorf), Meininghaus, Müller (Schweinfurt), Oostergetelo, Roth, Schäfer (Offenburg), Schluckebier, Frau Schmidt (Nürnberg), Dr. Schmude, Tietjen, Voigt (Frankfurt), Wolfram (Recklinghausen), Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Bericht der Bundesregierung zu den Konsequenzen aus dem Bericht „GLOBAL 2000“

Vier Jahre nach Vorlage des Berichts „GLOBAL 2000“ haben sich die weltweiten Umweltprobleme weiter zugespitzt. Die Industrieländer haben es jedoch bisher versäumt, Ansätze einer gemeinsamen Bewältigung der ökologischen Krise zu entwickeln. Die Prognosen von „GLOBAL 2000“ sind weitgehend verdrängt worden: Die in dem Bericht enthaltenen Aktionsvorschläge sind bisher nicht Gegenstand supranationaler Erörterungen gewesen. Auch in der Bundesrepublik Deutschland sind die Denkanstöße von „GLOBAL 2000“ von der Politik nicht aufgenommen worden. Der Bericht der Bundesregierung zu den Konsequenzen aus „GLOBAL 2000“ (Drucksache 10/362) ist unzureichend. Es zeigt sich, daß die Bundesregierung über kein Instrument verfügt, mit dem sie eine übergreifende, alle Trends und Zusammenhänge aufzeigende Problemsicht gewinnen könnte. In dem Bericht der Bundesregierung wird nicht einmal der Versuch gemacht darzustellen, wie sich die in „GLOBAL 2000“ aufgezeigten Trends seit 1980 entwickelt haben. Es ist auch nicht zu erkennen, was die Bundesregierung tun will, um die weltweite Umweltzusammenarbeit entsprechend den Schlußfolgerungen von „GLOBAL 2000“ zu entwickeln. Der Bericht der Bundesregierung zu den Konsequenzen aus „GLOBAL 2000“ wird weder der tatsächlichen Diskussion der Gefahren noch dem wachsenden Umweltbewußtsein der Bevölkerung gerecht. Im Bericht der Bundesregierung wird weder die Nord-Süd-Problematik noch die Rüstungsproblematik angesprochen. Ebenso fehlt eine Einordnung des für die Bundesrepublik Deutschland wichtigsten Partners im internationalen Umweltschutz, der Europäischen Gemeinschaft. Er bietet darüber hinaus keine hinreichenden Ansätze für widerspruchsfreie Pro-

blemlösungen und macht nicht deutlich, welche Initiativen die Bundesregierung im Rahmen der EG, der UNO, des Ost-West- und des Nord-Süd-Dialogs hinsichtlich bilateraler und globaler umweltpolitischer Vereinbarungen zu ergreifen gedenkt, um den sich zuspitzenden Problemen und Gefährdungen in den Bereichen Frieden, Arbeit und Umwelt zu begegnen.

Mit ihrem „Zukunftsprogramm Dritte Welt“ hat die SPD in einem wichtigen Teilbereich notwendige Lösungsansätze formuliert, die von der Bundesregierung im Rahmen der von ihr erwarteten Berichterstattung zu „GLOBAL 2000“ aufgegriffen werden müssen.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. das nationale Interesse der Bundesrepublik Deutschland am Bericht „GLOBAL 2000“ und an entsprechenden Maßnahmen zu definieren sowie einen Katalog derjenigen Problemfelder aufzustellen, die ein besonders großes Kenntnisdefizit aufweisen;
2. Anregungen an geeignete bestehende wissenschaftliche Institutionen [wie etwa das Internationale Institut für Angewandte Systemanalyse in Laxenburg (IIASA) sowie das Internationale Institut für Vergleichende Gesellschaftsforschung/ Globale Entwicklungen (IIVG/GE) im Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)] zu geben, mehr multidisziplinäre Arbeitsgruppen einzurichten, um sich mit der Erforschung von komplexen Zusammenhängen von globalem und universalem Charakter zu befassen;
3. entsprechende Forschungsprojekte auszuschreiben, um dafür zu sorgen, daß sich mehr Wissenschaftlerteams zusammenfinden und als Ansprechpartner der Regierung qualifizieren. Dabei gilt es auch, laufend global relevante Daten zu sammeln, Studien auszuwerten und internationale Kontakte zu gleichartigen Gruppen in anderen Ländern aufzubauen;
4. selbst regelmäßig solche Daten zu sammeln, internationale auszutauschen und auszuwerten, um die Entwicklung wichtiger Trends auf den Gebieten Bevölkerung, Ernährung, Fischerei und Forstwirtschaft, Luft- und Wasserqualität, Bodenerosion und -versauerung, natürliche Ressourcen und Klima laufend zu beobachten;
5. die Probleme und Defizite bei der Verwirklichung bereits bestehender internationaler Umweltvereinbarungen darzustellen, insbesondere zu klären, warum international vereinbarte Maßnahmen nicht durchgeführt werden und welche Verfahren und Instrumente denkbar sind, die die bestehenden Vollzugsdefizite abbauen und das Entstehen neuer verhindern;
6. dafür zu sorgen, daß Entwicklungshilfe mit Vorrang der Ausbildung breiter Bevölkerungsschichten in Entwicklungsländern dient, um Hilfe zur Selbsthilfe im jeweilig eigenen Inter-

- esse zu ermöglichen. Technologien und geeignete Landwirtschaftskonzepte müssen vor Ort unter den jeweils real bestehenden Bedingungen im nationalen Interesse entwickelt werden;
7. in die Konflikt- und Friedensforschung den Aspekt der Umwelt- und Ressourcenbelastung verstärkt einzubringen sowie den Zusammenhang zwischen Rüstung und Entwicklung untersuchen zu lassen;
 8. ihre Kontrollmöglichkeiten über die Aktivitäten multinationaler Unternehmen zu überdenken und ggf. durch internationale Regierungsabkommen zu verbessern;
 9. die Richtigkeit der in ihrem Bericht an mehreren Stellen ohne nähere Begründung verwendeten These zu überprüfen, erst müsse unsere Wirtschaft wieder expandieren, bevor unsere Entwicklungshilfe verstärkt werden könne;
 10. die Prüfung der Umweltverträglichkeit aller Entwicklungsprojekte sorgfältig durchzuführen und dafür strenge Kriterien anzulegen;
 11. zu überlegen, wie durch Importbeschränkungen und Verwendung anderer Materialien bzw. Verfahren, Rohstoffe und biologische Arten in Entwicklungsländern geschont werden können;
 12. zu überlegen, wie durch die Importbeschränkungen von Futtermitteln für die Veredelungswirtschaft der Industrieländer die Nahrungsmittelversorgung in den Entwicklungsländern verbessert werden kann;
 13. darzulegen, ob und ggf. wie die Landwirtschaft in den Ländern der Dritten Welt durch Saatgutmonopole der Industrieländer beeinträchtigt wird;
 14. ihre bisherigen – und insbesondere auch außenpolitischen – Aktionen einer Erfolgskontrolle hinsichtlich des Vollzugs von getroffenen Vereinbarungen und deren Auswirkungen zu unterziehen, eine Strategie zur Beschleunigung künftiger Verhandlungen zu entwickeln und ihren Standpunkt im Zielkonflikt zwischen kurzfristigen nationalen ökonomischen Wettbewerbsvorteilen und langfristiger kooperativer Sicherung der globalen Überlebenschancen einschließlich der allmählichen Herbeiführung internationaler Chancengleichheit immer wieder zu überprüfen;
 15. konkrete Vorschläge zu erarbeiten, wie die internationale Umweltpolitik gleichberechtigt neben die traditionellen außenpolitischen Handlungsfelder wie Friedens- und Sicherheitspolitik, Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik und auswärtige Kulturpolitik treten kann;
 16. dafür zu sorgen, daß die Umweltfragen im Ost-West-Verhältnis als wichtiges Entspannung und Zusammenarbeit förderndes Element betrachtet und entwickelt werden;

17. in allen internationalen Gremien und in der eigenen nationalen Politik den kausalen Zusammenhang zwischen Überrüstung einerseits und Umwelt- und Entwicklungsdefiziten andererseits zu berücksichtigen und speziell die Entwicklungsstrategien der Industrieländer unter diesem Gesichtspunkt zu revidieren;
18. konkret über die politischen und sozialen Spannungen zu berichten, die sich sowohl innerstaatlich als auch zwischenstaatlich aus den Zielkonflikten zwischen traditionellem Wachstum und Umwelt ergeben und dabei darzulegen, inwieweit solche Spannungen heute bereits die internationalen Beziehungen belasten;
19. die personellen und sachlichen Voraussetzungen für eine angemessene Berücksichtigung der Umweltfragen in der Pflege der auswärtigen Beziehungen zu schaffen;
20. alle zwei Jahre, erstmalig im Herbst 1986, einen Bericht über Erfolge und Mißerfolge hinsichtlich ihrer Versuche, gefährliche Trends im Sinne der von „GLOBAL 2000“ genannten Problempunkte umzukehren, vorzulegen. Der vorliegende Bericht sollte umgehend neu gefaßt und die seit 1980 eingetretenen Trendänderungen sollten dargelegt werden, um auf dieser Basis eine aktuelle Gewichtung der zu lösenden Probleme vornehmen zu können.

Bonn, den 14. November 1984

Vosen	Dr. Ehmke (Bonn)
Frau Dr. Hartenstein	Frau Fuchs (Köln)
Verheugen	Herterich
Frau Blunck	Jaunich
Frau Dr. Martiny-Glotz	Dr. Jens
Frau Schmedt (Lengerich)	Jung (Düsseldorf)
Sielaff	Meininghaus
Catenhusen	Müller (Schweinfurt)
Fischer (Homburg)	Oostergetelo
Grunenberg	Roth
Hansen (Hamburg)	Schäfer (Offenburg)
Dr. Kübler	Schluckebier
Nagel	Frau Schmidt (Nürnberg)
Stahl (Kempen)	Dr. Schmude
Stockleben	Tietjen
Vahlberg	Voigt (Frankfurt)
Brück	Wolfram (Recklinghausen)
Duve	Dr. Vogel und Fraktion